



Ulrike Flach

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obfrau der FDP-Bundestagsfraktion im
Haushaltausschuss
Technologipolitische Sprecherin

Ulrike Flach, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

Newsletter Nr. 42

Hausanschrift:
Jakob-Kaiser-Haus, Zi. 6624
11011 Berlin

Postanschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227 – 77 249
Telefax: (030) 227 – 76 547
E-Mail: ulrike.flach@bundestag.de

Wahlkreis:
Gaußstraße 21
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: (0208) 3 65 16
Telefax: (0208) 388 0 121

Berlin, den 12.12.08

Dramatische Haushaltsentwicklung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Jahresende würde ich gern mit frohen Nachrichten aufwarten. Leider erfordern die Lage der Konjunktur, die Auswirkungen der Finanzkrise und die von der Bundesregierung verschuldeten mangelhaften Sparanstrengungen eine ernsthafte und schonungslose Betrachtung der Haushaltsentwicklung.

Die Haushalte 2008 und 2009 laufen aus dem Ruder. Noch für das Jahr 2008 zeichnet sich eine Nettokreditaufnahme von **20 Mrd. €** ab. Im Haushaltsjahr 2009 sieht die Entwicklung mit gut **30 Mrd. €** noch unheilvoller aus. Dies lässt an Zeiten von Rot-Grün unter einem Finanzminister Hans Eichel erinnern.

Das prestigeträchtige Koalitionsprojekt des Dreiklangs, „Sanieren, Reformieren, Investieren“, ist beerdigt. Die Konsolidierung als so genanntes „Herzstück“ des Regierungsprogramms ist gescheitert. Damit entfallen die Legitimation und die zentrale Begründung des Regierungshandelns.

Haushalt 2008:

Im Bundeshaushalt 2008 ist eine Nettokreditaufnahme von 11,9 Mrd. € veranschlagt. Im Haushaltsvollzug ist jedoch von einer Nettokreditaufnahme in Höhe von über 20 Mrd. € auszugehen. Im Einzelnen:

1. Geringere Einnahmen in Höhe von 5 Mrd. € bei den Privatisierungserlösen

Veranschlagt sind im aktuellen Bundeshaushalt 10,7 Mrd. € an Privatisierungserlösen. Bis zum Oktober 2008 sind an Darlehensrückflüssen, Beteiligungen und Privatisierungserlösen insgesamt 4,23 Mrd. € (Novemberbericht BMF, S. 19) ausgewiesen. Der Soll-Betrag hierfür liegt bei 12,5 Mrd. €, so dass aufgrund des Zahlenvergleichs von einem Haushaltsrisiko von 5 Mrd. € bei den Privatisierungserlösen anzugehen ist.

2. Mehrausgaben von 1 Mrd. € beim Arbeitslosengeld II (ALG II)

Im Bundeshaushalt sind die ALG II-Ausgaben mit 20,88 Mrd. € veranschlagt. Die aktuelle Entwicklung sowie ein Vergleich mit den vergangenen Jahren lässt Mehrausgaben von 1 Mrd. € erwarten. Bereits beantragt ist eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 900 Mio. €.

3. Erstattungen an die Deutsche Post AG in Höhe von rd. 1,1 Mrd. €

Die Deutsche Post AG hat im Rahmen eines Beihilfeverfahrens der EU-Kommission gegenüber dem Bund einen Rückerstattungsanspruch in Höhe von 1,067 Mrd. €. Dieser Betrag ist am 1. August 2008 durch den Bund erstattet worden.

4. Darlehen an die KfW im Rahmen der IKB-Krise in Höhe von 1,2 Mrd. €

Der Bund hatte die KfW im Februar 2008 beauftragt, zur Rettung der IKB kapitalstärkende Maßnahmen zu ergreifen. Zum Ausgleich daraus entstehender Verluste erhielt die KfW vom Bund ein bedingt rückzahlbares unverzinsliches Darlehen im Nominalwert von 1,2 Mrd. €.

Insgesamt führen diese vier Positionen zu Belastungen des Bundeshaushalts in Höhe von 8,3 Mrd. €. Damit steigt die Nettokreditaufnahme von 11,9 Mrd. € auf **20,2 Mrd. €**.

Haushalt 2009:

Das Haushaltsrisiko im Jahr 2009 ist mit rd. **15 Mrd. €** noch höher als im Jahr 2008. Die Ursachen hierin liegen in einer unrealistischen Annahme des Wirtschaftswachstums (0,2 %), zu geringen Arbeitsmarktausgaben, Mindereinnahmen aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Pendlerpauschale und einem Defizit beim Gesundheitsfonds.

Rückblickend erweist sich die **Maßlosigkeit bei den Ausgaben** als wesentliches Haushaltsproblem. Die Ausgaben sind innerhalb von vier Haushaltsjahren um über 30 Mrd. € gestiegen. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2008 steigen die Ausgaben im Haushalt 2009 um rd. 7 Mrd. € (6,8 Mrd. €). Dies entspricht einer **Steigerung um 2,4 %**. Damit liegen sie höher als das bei der November-Steuerschätzung zugrunde gelegte nominale Bruttoinlandsprodukt von 2 %!

Im Einzelnen:

1. Steuermindereinnahmen des Bundes in Höhe von 8-9 Mrd. €

Treffen die Prognosen des Rheinisch-Westfälischen-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zu und sinkt das Bruttoinlandsprodukt um 2 Prozentpunkte, hätte dies fatale Auswirkungen auf die Steuereinnahmen des Bundes. Nach einer Faustregel entsprechen 1 % BIP gesamtstaatlich 24 Mrd. €. Aufgrund des Anteils des Bundes von gut 43 % bei Steuern und Abgaben entspricht dies einem Aufkommen von 4,2 Mrd. €.

2. Mehrausgaben beim ALG II in Höhe von 2-3 Mrd. €

Im wirtschaftlich guten Jahr 2008 werden die ALG II-Ausgaben rd. 21,8 Mrd. € betragen; also rd. 1 Mrd. € über der Veranschlagung mit 20,88 Mrd. €. Im wirtschaftlich deutlich schlechteren Jahr 2009 jedoch ist das ALG II nur mit 20,25 Mrd. € etatisiert und somit rd. 1,6 Mrd. € unter dem Wert des Jahres 2008!

Auch wenn der Arbeitsmarkt ein nachlaufender Konjunkturindikator ist, so zeigt allein der Zahlenvergleich für die Jahre 2008 und 2009 eine Unterveranschlagung von rd. 1,6 Mrd. €. Treffen die vom RWI prognostizierten 600.000 zusätzlichen Arbeitslosen zu, so ist statt der

ALG II-Ausgaben von 20,25 Mrd. € eher mit Ausgaben in Höhe von mindestens 22-23 Mrd. € zu rechnen.

3. Mindereinnahmen von rd. 2,5 Mrd. € wegen des Urteils zur Pendlerpauschale

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale führt für die Jahre 2007 bis 2009 zu gesamtstaatlichen Mindereinnahmen von 7,5 Mrd. €. Auf den Bund entfallen für diesen Zeitraum gut 3,6 Mrd. €. Da die Bundesregierung für die Jahre 2007 und 2008 eine Rückerstattung bereits im ersten Quartal des Jahres 2009 vollziehen will, wird es im Haushaltsjahr 2009 zu Mehrbelastungen von mindestens 2,5 Mrd. € kommen. Der Betrag könnte ggf. auch noch höher ausfallen, wenn eine Vielzahl von Arbeitnehmern sich entsprechende Freibeträge auf ihrer Steuerkarte eintragen ließen.

4. Darlehen von 1 Mrd. € für den Gesundheitsfonds

Nach Berechnungen des Schätzungskreises fehlen dem Fonds für 2009 mindestens 440 Mio. €. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich aufgrund der mutmaßlich höheren Arbeitslosigkeit als unterstellt der Negativeffekt verstärkt und der Bund nach § 271 Abs. 3 SGB V mit einem Liquiditätsdarlehen einspringen muss.

Die Nettokreditaufnahme des Jahres 2009 wird mit **über 30 Mrd. €** ähnlich hoch sein wie bei Regierungsantritt der Großen Koalition. Damals lag die Verschuldung bei 31,2 Mrd. €.

Der Unterschied ist jedoch, dass Finanzminister Steinbrück heute über rd. 55 Mrd. € Steuerermehreinnahmen verfügen kann. Er hätte also Überschüsse von rd. 25 Mrd. € erwirtschaften müssen! Hierin liegt das eigentliche Versagen. Kurzsichtiges Handeln und kurzatmige Politik sind wesentliche Bestandteile der Haushaltspolitik dieser Bundesregierung. Bundesfinanzminister Steinbrück ist mit seiner „gestaltenden Finanzpolitik“ gescheitert.

Nicht die Finanzkrise ist die Ursache für den Anstieg der Neuverschuldung, sondern das zügellose Verteilen von Wahlgeschenken und das Ausblenden konjunktureller Schwächephase. Steinbrück hätte wissen müssen, dass es Konjunkturzyklen gibt und Wirtschaftsaufschwünge nicht ewig halten. Entsprechend hätte er Vorsorge betreiben müssen. Diese Fehleinschätzung und sein Fehlverhalten im Festhalten einer expansiven Ausgabenpolitik werden zu einer teuren Erblast für nachfolgende Generationen.

Ich bedauere, dass ich mit meinem letzten Newsletter im Jahr 2008 keine Hoffnungen auf ein Füllhorn an Wahl-Geschenken machen kann. Es gehört aber zur politischen Wahrheit, dass man schwierige Haushaltslagen auch so benennt. Die Bundesregierung tut dies nicht.

Unabhängig davon wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein frohes, besinnliches und ruhiges Weihnachtsfest 2008 und einen guten Rutsch in das Jahr 2009, für das ich Ihnen beruflich und privat alles Gute wünsche.

Mit herzlichen Grüßen



Ulrike Flach

